

Gewerkschaftskongress und Labourregierung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **59 (1967)**

Heft 11

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und territorialen Reorganisation ihres Landes. Im Rahmen einer Regierung, die eine koherente, stabile, planmäßige Politik führt, ohne Parteienstreit und ohne Ideologien, die der neuen Zeit nicht mehr adaptiert sind. Durch Planwirtschaft und technischen Fortschritt zur materiellen Sicherheit zu gelangen ist das Ziel. Man muß zugeben, daß die Erwachsenen zum Teil ihre Aufgaben für diese neue Jugend erkannt haben. Das wirkt sich vor allem in den Schulen aus. Die berufliche Ausbildung wird viel stärker gefördert als bisher. In den Oberschulen und technischen Ausbildungsanstalten wird jeder Einzelne auf jenen beruflichen Weg gelenkt, der für ihn der beste ist. Es gibt keine schlechten Schüler mehr, wer für den Unterricht, dem er folgt, nicht geeignet ist, wird nach einer Berufsprüfung einer anderen Berufssparte zugeleitet. Jeder soll das lernen, wofür er die beste Eignung besitzt. Der Staat selbst bekümmert sich um die Jugend mehr denn je. Noch nie sind derartig große Summen für den Bau von Schulen und Universitäten, für Turnsäle und Sportplätze ausgegeben worden. Man ist sich, wenn auch spät, dessen bewußt geworden, welche Bedeutung die Jugend für das Frankreich von morgen haben wird, jenes Frankreich, das planmäßig vorbereitet und nach Projekten reorganisiert und umgebaut wird, die in zehn und zwanzig Jahren Realität werden sollen. Dieses Frankreich von morgen aber kann auf seine Jugend zählen und ihr vertrauen.

Joseph Hermann, Paris

Gewerkschaftskongreß und Labourregierung

Mit der Präzision eines Uhrwerkes fand auch in diesem Jahre wieder in der ersten Septemberwoche von Montag früh bis Freitag mittag in *Brighton* der Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) statt – diesmal war es der neunundneunzigste und im nächsten Jahr wird der Gewerkschaftsbund seinen hundertjährigen Bestand feiern, wozu schon jetzt große Vorbereitungen getroffen werden. Wie alljährlich fand der Kongreß auch diesmal großes Interesse in der gesamten Öffentlichkeit; er wurde fast zur Gänze im Fernsehen übertragen und konnte daher im ganzen Lande verfolgt werden. Aber alle übrigen Verhandlungen und Debatten waren überschattet von den ernstesten Diskussionen und Entscheidungen in der Frage der von der Regierung Wilson eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Es hat sich zum erstenmal in der Geschichte ereignet, daß sich eine klare Mehrheit des Gewerkschaftskongresses gegen Maßnahmen gewendet hat, die von einer Arbeiterregierung getroffen worden waren, aber der Generalsekretär des Bundes, *George Woodcock*, hat darauf aufmerk-

sam gemacht, daß wichtiger als Entscheidungen des Kongresses die tägliche Praxis des Bundes ist, und da tritt keine Änderung ein.

«Bedauern» über die Notstandsmaßnahmen

Die Labour Party ist, worauf immer wieder hingewiesen wird, ein Kind der Gewerkschaftsbewegung, diese fühlt sich für die Tätigkeit einer Labourregierung weitgehend verantwortlich, aber trotzdem wird sehr genau auf die Unterscheidung in den Funktionen gesehen. Die Gewerkschaften, die sehr viel dazu beigetragen haben, daß eine Labourregierung ins Amt kam, haben manche Opfer auf sich genommen, um eine Regierung ihres Vertrauens auch im Amt zu erhalten. Der Gewerkschaftskongreß von 1966 hat, wenn auch nur mit geringfügiger Mehrheit und ohne jede Begeisterung den damaligen Schritten der Regierung Wilson seine Zustimmung gegeben, die, um das Land vor dem Verderben zu bewahren, in einem Lohn- und Preisstopp gipfelten. Das eine Jahr, für das die außerordentlichen Maßnahmen erlassen wurden, ist vorüber, und man kann jetzt die Bilanz ziehen. Es ist gelungen, das Gleichgewicht der Währung wiederherzustellen, aber viele glauben, daß dieses Gleichgewicht nicht so wichtig ist, um alle die anderen Opfer zu rechtfertigen. Es ist gelungen, Lohnerhöhungen, von denen es hieß, sie seien nicht durch entsprechende Verbesserungen in der Produktivität gedeckt, zu verhindern. Weniger erfolgreich war man bei Preiserhöhungen, wiewohl sich diese in Grenzen gehalten haben. Die bitterste Pille aber ist, daß entgegen den Erwartungen nicht der Großteil der durch die Restriktionsmaßnahmen der Regierung arbeitslos gewordenen Menschen rasch wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnte und zwar in jenen Sektoren, die bisher an Arbeitermangel gelitten haben. Eine Arbeitslosigkeit von einer halben Million im Hochsommer lastet schwer auf dem Gewissen der Arbeiterbewegung, und das wird noch verschlimmert durch die Aussicht, daß mit einem weiteren Ansteigen für die kommenden Monate gerechnet werden muß. Das sind Dinge, die sich vor einem gewerkschaftlichen Forum kaum verteidigen lassen. So kam es, daß sich jenen, die schon im Vorjahr der Deflationpolitik kritisch gegenübergestanden waren, nunmehr andere zugesellten, die ihren Standpunkt auf Grund der Erfahrungen geändert hatten. Im Vorjahr wurde der Standpunkt der Regierung noch mit einer Mehrheit von 4,5 gegen 4,2 Millionen Stimmen gebilligt. Diesmal wurde über die Notstandsmaßnahmen, auch wenn sie größtenteils nicht mehr in Kraft sind, mit 4,9 gegen 3,5 Millionen Stimmen das «Bedauern» ausgesprochen, die höflichste Form des Widerspruchs.

Weiter Vertrauen zur Labourregierung

Man soll aber aus diesem von ernsten Erwägungen diktierten Beschluß nicht mehr herauslesen, als er besagt, und man muß auch

andere Beschlüsse in Betracht ziehen, die damit in einem scheinbaren Widerspruch stehen. Der Gewerkschaftskongreß war trotz dieses eindeutigen Votums nicht bereit, der Regierung Wilson das Vertrauen zu entziehen. Er hätte theoretisch den entsprechenden Passus im Bericht der Bundesleitung (Generalrat) verwerfen «zurückweisen») können, der die Wirtschaftspolitik der Regierung einschließlich der Notstandsmaßnahmen positiv beurteilt. Der Kongreß hat diesen Teil des Berichtes so wie die anderen stillschweigend, aber in vollem Bewußtsein der Bedeutung dieser Entscheidung, genehmigt. Der Kongreß hat auch den Vorschlägen des Generalsekretärs Woodcock auf weitere enge Zusammenarbeit mit der Regierung die Zustimmung erteilt. Er war auch einverstanden damit, daß der Gewerkschaftsbund so wie bisher sich bemüht, in die Lohnforderungen der angeschlossenen Verbände, ohne in deren Autonomie einzugreifen, eine gewisse Ordnung zu bringen und übertrieben hohe Forderungen zu verhindern. Damit handelt der Gewerkschaftsbund als Helfer und in den Intentionen der Labourregierung. Schließlich hat der Gewerkschaftsbund am letzten Tag in einer Motion ausdrücklich der Labourregierung das Vertrauen ausgesprochen. Das alles deutet darauf hin, daß man mit dem Beschluß über die Notstandsmaßnahmen nur ein allerdings ernstes Memento aussprechen wollte.

«Universalität» gegen «Selektivität»

In einer anderen Frage hat der Kongreß von Brighton zwar nicht im Widerspruch mit der Politik der Regierung gehandelt, aber auf einen Versuchsballon des Arbeitsministers *Raymund Gunter* (des früheren Präsidenten des Eisenbahnbeamtenverbands) negativ reagiert. Es geht um eine Sache, die in letzter Zeit in England ziemlich lebhaft diskutiert worden ist. Gunter hat die Frage aufgeworfen, wie man der Armut, wo sie noch nicht ausgerottet worden ist, am besten beikommen kann. Soll in der Sozialversicherung der bestehende Grundsatz der «Universalität» wenigstens teilweise durch eine gewisse «Selektivität» ersetzt werden? Es geht um folgendes: bisher kamen die Leistungen der jeden Bewohner der Insel (auch die Nichtbeschäftigten) umfassenden Sozialversicherung jedem ohne Unterschied zugute, ohne Rücksicht darauf, ob er sie nötig brauchte. Sollte man nun, fragte Gunter, zum Beispiel erhöhte Kinderzulagen nur denen zahlen, die in schlechten Verhältnissen leben, oder sollen alle dieser Vergünstigung teilhaft werden, auch die reichen Eltern zahlreicher Kinder? Die Anhänger der «Selektivität» führen an, daß bei der Beschränkung auf bedürftige Familien die Zulagen stärker erhöht werden könnten. Die Anhänger der bisherigen «Universalität» verweisen darauf, daß Selektivität nur ins Werk gesetzt werden könnte nach Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung. Solche Untersuchungen wurden in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre mit großer Brutalität durchgeführt, als es um die Auszahlung

der Arbeitslosenunterstützung ging, und sind seither im Verruf. Gunter hat sich nun für eine gewisse Selektivität ausgesprochen und dabei gesagt, daß eine heute durchgeführte Bedürftigkeitsprüfung weit humaner vor sich gehen könnte, so daß die alten Bedenken nicht mehr am Platze seien. Der Gewerkschaftskongreß hat sich aber dafür entschieden, im Bereich der Sozialversicherung das Prinzip der Universalität beizubehalten. Den Menschen, die die Leistungen der Sozialversicherung nicht benötigen, weil sie ein großes Einkommen haben, sollen sie mit Hilfe des Steueramtes wieder abgenommen werden, so wie bisher.

Der Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

In der Frage eines britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt billigte der Kongreß nach Ausführungen von *George Woodcock* den Standpunkt des Generalrates, der den Versuchen der Regierung Wilson, Verhandlungen über einen eventuellen Beitritt zu eröffnen, die Zustimmung gibt. Auf lange Sicht gesehen, meinte Woodcock, sei das die einzige Möglichkeit. Dem Kongreß lagen zwei Motionen vor, die tiefer auf die Sache eingingen. *Frederick Hayday* begründete namens des Gemeindearbeiterverbandes einen Antrag, der sich lebhaft für einen britischen Beitritt ausspricht. Den gegenteiligen Standpunkt vertrat *Frank Cousins* für die Transportarbeiter, der nach entsprechenden Garantien rief, ehe man an einen Beitritt denken könne. Da es im gegenwärtigen Zeitpunkt, da es mehr auf die Haltung Frankreichs ankommt, untunlich schien, eine Abstimmung pro oder contra zu beginnen, ließen sich die Antragsteller überreden, auf eine Abstimmung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu verzichten. Die Gewerkschaften halten sich hier die Möglichkeiten offen.

Rückgang in der Mitgliederzahl

Dem Kongreß von Brighton wurde zum erstenmal seit vielen Jahren ein leichter Rückgang in der Gesamtzahl der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Mitglieder gemeldet. Die dem Kongreß vorliegende Mitgliederzahl von 8 790 000 liegt um mehr als 80 000 unter der Zahl des Vorjahrs. In Wirklichkeit beträgt der Abgang 120 000, denn 40 000 Mitglieder hat der Gewerkschaftsbund im gleichen Zeitraum durch Neubeitritt von Verbänden gewonnen. Dieser Rückgang spiegelt aber keine Abkehr vom Gewerkschaftsgedanken wider, sondern ist die Folge des Schrumpfungsprozesses in zwei Wirtschaftsbereichen, in denen die gewerkschaftliche Organisation besonders kräftig ist: im Bergbau und bei der Eisenbahn werden viel weniger Menschen beschäftigt. Auch nach dem Verlust von 120 000 Mitgliedern bleibt der britische Gewerkschaftsbund aber ein Koloß, an dessen Einfluß auch eine konservative Regierung nicht vorbeigehen könnte.

J. W. Brügel, London